



Medienkommentar

EU-Erweiterung ... bis in die USA?



Haben wir es im Folgenden mit einer EU-Erweiterung zu tun, die bis in die USA reicht? Sie fragen sich, wie wir darauf kommen? Nun...Die Ukraine brauche finanzielle Hilfe von der EU. Das sagte der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk bei einem Treffen mit dem EU-Erweiterungskommissar in Brüssel.

Herzlich willkommen aus dem Studio Rottweil.

Haben wir es im Folgenden mit einer EU-Erweiterung zu tun, die bis in die USA reicht? Sie fragen sich, wie wir darauf kommen? Nun...Die Ukraine brauche finanzielle Hilfe von der EU. Das sagte der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk bei einem Treffen mit dem EU-Erweiterungskommissar in Brüssel. Die Regierung in Kiew versuche alles, um die angeschlagene Wirtschaft des Landes wieder in Gang zu bringen. Doch dazu brauche es Geld. Die EU macht ihre Bestrebungen von den Reformbestrebungen der Ukraine abhängig. Reformbestrebungen aber im Sinne von wem? Reformbestrebungen mit welchen Mitteln? Nachdem US-Präsident Barack Obama, über alle EU-Köpfe und Vereinigungsabkommen hinweg, das Alleinrecht zur Waffenlieferung an die Ukraine an sich gerissen hat, dürfte die Gefahr eines europäischen Krieges wieder in unmittelbare Nähe gerückt sein. Ein angezettelter Krieg in Europa, beginnend auf ukrainischem Boden gegen Russland, würde nicht allein zu einem Weltkrieg führen, sondern darüber hinaus den USA wieder einmal die notwendige wirtschaftliche Sanierung einbringen. Und alles, was diesen selbst erwählten Weltherrschern Profit einbringt, scheint gleichsam legal zu sein in deren Augen. Den Entwicklungsländern sollen z.B. jedes Jahr fast 1000 Milliarden Dollar entgehen. Zu dieser plötzlich scheinbar fürsorglichen und mitfühlenden Einschätzung hinsichtlich der Entwicklungsländer kommt die amerikanische Nichtregierungsorganisation Global Financial Integrity. Grund für die Billionen Verluste seien illegale Finanzströme. Die fehlenden Beträge würden überdies jedes Jahr grösser. Das meiste Schwarzgeld fließe aus Entwicklungs- und Schwellenländern ab - allen voran China, Russland, Mexiko und Indien. Hier haben wir's wieder. Sie erinnern sich noch? Klagemauer TV machte in seinen Sendungen vom 29. März 31. Mai und 2. Oktober diesen Jahres auf den roten Faden aufmerksam, den die geopolitischen Schachzüge der USA allerorts hinterlassen. Hier sind sie also wieder. Die ganz großen Gegenspieler der USA sind zur Zeit die sogenannten BRICS-Staaten, zu denen bekanntlich auch China, Russland und Indien gehören. Zusammen mit Brasilien verwirklichen diese Staaten gerade eine US-Dollar unabhängigen Wirtschaft. Es wird daher immer wieder neue Gründe und Vorwände geben, um Länder wie China, Russland, Indien, aber auch Mexiko usw. via Leitmedien an den Pranger zu stellen. Die derzeit hochbeschworenen Sanktionen gegen Russland gehören zu diesem leidvollen Spiel, das viele US-instrumentalisierte Völker zu ihrem alleinigen Schaden leider mitspielen. Beklagt diese amerikanische Nichtregierungsorganisation nun tatsächlich die Entwicklungsländer, denen insgesamt 6.6 Billionen Dollar durch illegale Finanzströme entgangen seien? Diese Fürsorge wird sogleich fragwürdig, wenn Global Financial Integrity Gelder aus illegalen Rohstoffgeschäften erwähnt. Die Gesamtsumme des Schwarzgeldes sei sogar grösser als die Summe aller Direktinvestitionen und Entwicklungsgelder in diesen Ländern, schreiben die Autoren. Zu den Profiteuren sollen reiche Länder und Steueroasen

gehören, zu denen die US-Organisationen auch die Schweiz zählt. »Wie viel in der Schweiz ankommt, konnte Baker allerdings nicht beziffern. Ach ja, mit der Schweiz liegen die USA ja schon länger in einem Steuerstreit, um nicht zu sagen Finanzkrieg.

Während Raymond Baker, der Chef der Nichtregierungsorganisation Global Financial Integrity in Washington, Korruption, Steuerflucht, Bestechung, gefälschte Waren Rechnungen usw. ins Feld führte, zeigte er keinerlei Mitleid mit all jenen Ländern, die infolge weitaus grösserer US-Steueroasen wie etwa Delaware Schaden leiden. Hieran kann man erkennen, dass kein Grund klein genug sein kann, um ihn nicht weltweit derart hoch zu spielen, bis alles vollständig im Interesse der amerikanischen Geopolitik und Wirtschaft abläuft. Hier beginnt gerade eine so genannt amerikanische Nichtregierungsorganisation die Grundlage zum Eingriff der US-Weltpolizei zu legen.

Die Liste der Betrugsmöglichkeiten sei lang, meint Baker beschwörend, und davon werde zunehmend Gebrauch gemacht. Und arme Länder gehörten deshalb zu den größten Verlierern. Und dann will die amerikanische Nichtregierungs Organisation doch plötzlich ein Hoffnungslicht und einen Ausweg aus der Misere erblickt haben: zum wichtigsten Ausweg zählt Baker internationale Vereinbarungen zum automatischen Informationsaustausch. Hier finden sich dann also doch plötzlich hochpolitische Ansätze, die direkt in die eine neue Weltordnung, den totalen Überwachungsstaat münden. Wachsamkeit und Aufklärung ist daher allorts oberstes Gebot. Wir danken für Ihre Mithilfe in diesem Prozess der Aufklärung. Guten Abend.

von is.

Quellen:

SRF 1, 16.12.2014, 8:00-Nachrichten

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!


Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.